

Arbeitsgruppe hilft suchen

Wittinsburg/Kilchberg | Weiterhin keine Kandidaturen



Alles andere als klare Aussichten: Noch wurde kein neuer Gemeinderat für Wittinsburg gefunden.

Bild Barbara Saladin

Eine Arbeitsgruppe soll in Wittinsburg ein neues Mitglied für den Gemeinderat finden. So lange wird die Ersatzwahl verschoben.

Severin Furter

Seit Ende September sucht Wittinsburg ein neues Mitglied für den Gemeinderat – und dies wird vorerst so bleiben. Nach dem Rücktritt von Martin Eggimann, der während zehn Jahren im Gemeinderat sass, ist im fünfköpfigen Gremium ein Sitz frei.

Der erste Wahlgang am 22. September hatte kein Ergebnis gebracht, der zweite Wahlgang wird jetzt nicht wie ursprünglich geplant am 24. November stattfinden: «Wir haben keine offizielle Kandidatur, also hat es keinen Sinn, eine Wahl durchzuführen», erklärt Wittinsburgs Ge-

meindeverwalter Stephan Schneider. Damit will die Gemeinde verhindern, dass wie zuletzt in Kilchberg eine Person dank relativem Mehr gewählt wird, diese das Amt aber nicht antreten kann oder möchte. «Ein solcher Wahlausgang ist für alle Beteiligten frustrierend», sagt Schneider weiter.

Mitglieder holten Stimmen

Damit möglichst bald ein neuer Gemeinderat gefunden wird, setzt Wittinsburg nun eine Arbeitsgruppe ein. Fünf Personen sollen den Gemeinderat bei dessen Suche nach einem neuen Mitglied unterstützen. Pikant an der ganzen Sache: Alle fünf Mitglieder der Arbeitsgruppe – Martin Bürgin, Heinz Straumann, André Bieri, Kathrin Bieri und Andreas Leuenberger – konnten beim ersten

Wahlgang im September Stimmen auf sich vereinen. Das Amt zu übernehmen, kann sich laut Gemeindeverwalter Stephan Schneider aber niemand der fünf vorstellen. Die Arbeitsgruppe wird sich nun mit der Suche befassen. Wenn ein offizieller Kandidat gefunden ist, wird ein neuer Wahltermin festgelegt.

Unverändert bleibt die Situation derweil in Kilchberg. Die Gemeinde hält am zweiten Wahlgang in drei Wochen fest. Bis gestern war allerdings keine Kandidatur bekannt, wie Gemeindepräsident Ernst Grieder auf Anfrage sagte. Den Wahltermin deswegen zu ändern, sei allerdings keine Option: «Es bringt auch nichts, das Ganze hinauszuschieben», sagt Grieder. So bleibt die leise Hoffnung, dass sich zufälligerweise doch noch jemand für das Amt finden lässt.

Ärger soll ein Ende haben

Böckten | Bauarbeiten für neue Leitung

In Böckten bot eine Trinkwasserleitung seit längerem Grund zur Aufregung. Immer wieder verursachte sie Wasserschäden im Bündtenweg und im Broderweg. Nun wird sie ausgewechselt.

Patrick Plattner

In Böckten wird im Moment im grossen Stil gebaggert, geschaufelt und gewalzt: Eine 60-jährige Trinkwasserleitung, die in der Vergangenheit immer wieder für Ärger gesorgt hatte, wird ersetzt. «Wir hatten immer wieder Wasserschäden am Bündtenweg aufgrund dieser alten Leitung», sagt Frank Zbinden, der zuständige Gemeinderat von Böckten. Deshalb werde nun die Leitung vom Broderweg bis zum Bündtenweg 59 ersetzt.

Für dieses Vorhaben wird ein beträchtlicher Aufwand betrieben: Die neue Leitung wird parallel zu

der alten Leitung eingebaut, sodass keine provisorischen Schläuche nötig sind. «Denn bei einem plötzlichen Wintereinbruch könnte das Probleme geben», weiss Zbinden. Im Anschluss dazu werden die Hausleitungen an die neue Leitung angeschlossen. Die Bauarbeiten dauern auch entsprechend lange: Je nach Wetter rechnet die Gemeinde mit sechs bis acht Wochen, die die Arbeiten in Anspruch nehmen werden.

Durchfahrt erschwert

Zbinden zeigt sich bis anhin zufrieden mit den Arbeiten: «Wir sind absolut im Zeitplan und es läuft gut.» Die Anwohner müssen allerdings in dieser Zeit in einen – wenn auch kleinen – sauren Apfel beissen, denn die Durchfahrt mit dem Auto ist tagsüber nur schwer oder gar nicht möglich. Die Velofahrer dagegen dürften ihre Freude haben: Für sie steht der Bündtenweg wie normal und jetzt sogar noch ohne Autoverkehr offen.



In Böckten wird eine neue Trinkwasserleitung gelegt.

Bild Patrick Plattner

Familienbilder im Gegenwind der Parteien

Liestal/Baselbiet | Überparteiliches Komitee heizt dem Abstimmungskampf zur Familien-Initiative ein

Die Familien-Initiative der SVP hat in der Schweiz eine Diskussion über Familienmodelle ausgelöst. Auch im Baselbiet, wo vor allem in der CVP Uneinigkeit herrscht. Ein überparteiliches, hauptsächlich bürgerliches Komitee warb gestern für ein Ja.

Fabio Halbeisen

Es stellt sich die Frage der Gerechtigkeit: Ist es richtig, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Krippe oder von einer Tagesmutter betreuen lassen, die Kosten bis zu einem bestimmten Betrag von den Steuern abziehen können, während es aber für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, keinen solchen Abzug gibt? Darüber streitet sich die Parteienlandschaft der Schweiz. Die CVP ist gar gespalten und hat die Nein-Parole gefasst.

Das hält hiesige CVP-Politiker nicht davon ab, für ein Ja am 24. November zu werben. Ein überparteiliches, hauptsächlich bürgerliches Komitee warf gestern in Liestal Argumente in die Waagschale, weshalb die Vorlage anzunehmen sei. Unter den Referenten: die Baselbieter CVP-Parteipräsidentin Sabrina Corvini-Mohn. «Ich bin als Landrätin hier

und nicht als Präsidentin der CVP», betonte sie zwar. Dass dies nach aussen aber schwer zu trennen ist, war auch ihr klar. «Ich lasse mich jedenfalls nicht vom Entscheid der Mutterpartei irritieren.»

Unterstützt wurde Corvini von den Landräten Elisabeth Augstburger (EVP), Caroline Mall (SVP) und Patrick Schäfli (parteilos). Das Argument der Initianten: Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, geben zwar kein Geld für die externe Betreuung aus, doch verzichten sie auf das Einkommen eines Elternteils oder reduzieren die Arbeitspensen. Deshalb sollten auch sie von einem Steuerabzug profitieren können.

Erziehung zu wenig geschätzt

«Wir wollen das traditionelle Familienmodell stärken», meinte Mall. «Familien, die dieses pflegen, sind zurzeit stark benachteiligt.» Der Staat greife schleichend mehr und mehr in die Familienpolitik ein, was es zu verhindern gelte. «Die Initiative will eine Gleichberechtigung und keine Verstaatlichung der Kinder», so Mall. Der gesellschaftliche Wert der Erziehung von Kindern werde heute zu wenig geschätzt.

Mit der heutigen Regelung würden Familien benachteiligt, die ihre Kinder

Der Fokus ist gelegt: Das überparteiliche Komitee «Ja zur Familien-Initiative» erklärte gestern in Liestal, warum die Vorlage anzunehmen sei.

Bild Fabio Halbeisen



selber betreuen, meinte Augstburger. Ihnen müsse ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen liessen. «Jede Familie soll selbst entscheiden können.» Denn gerade Kleinkinder seien auf Bezugspersonen angewiesen.

Die Votanten gingen indes auch auf die Argumente der Gegner ein und waren bemüht, diese zu ent-

kräften. «Für mich gibt es praktisch keine Argumente, die gegen die Initiative sprechen», betonte Mall. Vor allem die viel bemühten Steuerausfälle von über 300 Millionen Franken auf Bundesebene seien mehr als vertretbar, meinte Schäfli.

Wird die SVP-Initiative angenommen, sind verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung denkbar. Im Initiativtext heisst es nur, dass der

Steuerabzug für die Eigenbetreuung «mindestens gleich hoch» sein muss wie jener für die Fremdbetreuung. Möglich wäre, dass künftig ein Pauschalabzug für alle Haushalte mit Kindern gewährt würde, in der Höhe des heutigen maximalen Betreuungsabzugs von 10 100 Franken pro Jahr und Kind. Bei den kantonalen Steuern gibt es jedoch grosse Unterschiede.